



Presseschau vom 29.07.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **China verbietet privaten Nachhilfeschulen Gewinnstreben**

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie erlebte Chinas privater Bildungssektor einen großen Boom, Milliarden flossen dorthin. Doch Präsident Xi Jinping machte schon vor Monaten auf die negativen Aspekte aufmerksam. Am Wochenende veröffentlichte Peking ein tiefgreifendes Reformpaket. ...‘

<https://kurz.rt.com/2lp2>

Susan Bonath: **Klinikkonzern AMEOS: Profit trotz Corona – auf dem Rücken von Patienten und Personal**

Über Corona und mögliche Impfschäden spricht man nicht, an der Versorgung der Patienten wird massiv gespart, das Personal ist im Dauerstress und viele Bereiche wurden in Niedriglohnsektoren ausgegliedert: Einblicke in den Alltag in einer AMEOS-Klinik in Sachsen-Anhalt. ...

<https://kurz.rt.com/2lpq>

de.rt.com: **"Peru wird nun von einem Bauern regiert" – Pedro Castillo übernimmt das Präsidentenamt in Lima**

José Pedro Castillo hat am Mittwoch, dem 200. Unabhängigkeitstag in Peru, sein Amt als Präsident angetreten. Der 51-jährige Lehrer aus dem ländlichen Raum versprach "eine neue

Verfassung und ein neues Peru". Im Kongress hat der neue Staatschef jedoch keine Mehrheit.

...

<https://kurz.rt.com/2lq0>

de.rt.com: **"Neffen zweiten Grades" – Präsident der Ukraine stichelt gegen Putins Artikel über "ein Volk"**

In einer Videoansprache zum Tag der Rus-Taufe wies der ukrainische Präsident Selenskij die Aussage Wladimir Putins zurück, Russen und Ukrainer seien ein Volk. Die Russen seien nur "entfernte Verwandte", sagte er und betonte, dass Moskau später gegründet wurde als Kiew.

...

<https://kurz.rt.com/2lpr>

de.rt.com: **Bundeswehr: Panzerkommandant heißt jetzt "Teamleitung (m/w/d) Panzertruppe"**

Die Bundeswehr will mit der Zeit gehen – mit dem Zeitgeist jedenfalls. So soll auch die altbekannte "Einmannpackung" durch einen Ideenwettbewerb eine genderneutrale Bezeichnung bekommen. Und der Panzerkommandant wird jetzt "Teamleitung (m/w/d) Panzertruppe" genannt. ...

<https://kurz.rt.com/2lqx>

abends/nachts:

snanews.de: **Flüchtlingszustrom in Litauen: Ukraine bietet Stacheldraht als humanitäre Hilfe an**

Die Ukraine wird Litauen humanitäre Hilfe in Form von Stacheldraht für die Fertigstellung eines Zauns an der Grenze zu Weißrussland bereitstellen. Diese Entscheidung ist in einer Sitzung der ukrainischen Regierung getroffen worden. Hunderte Migranten kommen derzeit illegal über die weißrussische Grenze nach Litauen.

Litauen hat sich laut dem ukrainischen Außenminister, Dmytro Kuleba, wegen fehlender technischer Mittel zur Ausrüstung der Schutzinfrastruktur an die Ukraine gewandt und um humanitäre Hilfe gebeten. Ein entsprechender Erlass des Präsidenten Wladimir Selenski im Zusammenhang mit der Verschärfung der Migrationskrise an der litauisch-weißrussischen Grenze sei ausgearbeitet worden.

„Wir haben mit Gabrielius Landsbergis (Außenminister Litauens – Anm. d. Red.) an diesem Wochenende über die beispiellose Migrationskrise in Litauen wegen Alexander Lukaschenko gesprochen. Heute haben wir beschlossen, Litauen mit Stacheldraht zu versorgen, um seine Grenze zu befestigen. Unser Freund und Verbündeter des Lubliner Dreiecks kann immer auf uns rechnen,“ schrieb Kuleba auf Twitter.

Am 24. Juli wurde bekannt, dass Litauen den Bau eines Zauns an der Grenze zu Weißrussland wegen Stacheldrahtmangels ausgesetzt hatte. Wie der stellvertretende Innenminister der Republik Arnoldas Abramavicius erklärte, gibt es in Litauen keinen Hersteller von Draht mit dem erforderlichen Durchmesser.

Die litauische Ministerpräsidentin, Ingrida Simonyte, hat am 7. Juli den Bau eines Schutzzaunes an der Grenze zu Weißrussland angekündigt, um das Land vor dem illegalen Zustrom von Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten zu schützen. Das litauische Innenministerium schätzte die Baukosten auf 15 Millionen Euro.

Mehrere Hundert Migranten haben in den vergangenen Wochen die Grenze zu Litauen illegal überquert. Den jüngsten Angaben der litauischen Grenzschutzbehörde zufolge wurden in diesem Jahr mehr als 3000 Migranten an der Grenze zu Weißrussland festgenommen – gegenüber 81 im gesamten Vorjahr.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/07/0f/2856422_0:43:3072:1771_1920x0_80_0_0_724f8af14d176849f359303628782a24.jpg

snaneews.de: **Ukraine will enger Partner Deutschlands in Energiesparte werden**

In der Hoffnung, dass russisches Erdgas künftig seine Bedeutung einbüßt, will die Ukraine ein enger Verbündeter Deutschlands in der Wasserstoffwirtschaft werden.

Er wolle die Ukraine in der Energieschlacht gegen Russland zum Sieger machen, erklärte der Chef der ukrainischen Wasserstoff-Agentur, Alexander Repkin, neulich in Berlin nach Angaben der Zeitung „Die Welt“.

Europas Klimaziele ohne Wasserstoff kaum zu erreichen

„Bisher wurde dieser Kampf ums Erdgas ausgetragen. Aber die Klimaziele Europas und Deutschlands haben zu neuen Perspektiven geführt. Erdgas wird in den nächsten Jahren an Bedeutung verlieren. An seine Stelle, hofft man in Kiew, wird Wasserstoff treten – und die Ukraine zu Deutschlands engem Energie-Verbündetem machen“, schrieb das Blatt.

Repkin zufolge will die Ukraine eine Vielzahl an Windparks mit dem Ziel einrichten, mit dem dabei erzeugten Strom Wasser zu spalten und „grünen“ Wasserstoff zu gewinnen.

Windenergiepotenzial der Ukraine

„Unser Potenzial in der Wasserwirtschaft ist immens. Und dem Potenzial der Windenergie nach liegt die Ukraine an zweiter Stelle nach Großbritannien“, behauptete er.

Diese Energiequelle werde den Strombedarf vielerorts decken, was die Abhängigkeit der Ukraine vom russischen Gas reduzieren werde. „Dass Nord Stream 2 fertiggebaut wird, ist eine Niederlage für die Ukraine. Aber das Land ist fest entschlossen, Russland in der zweiten Hälfte des großen Energiespiels zu überwältigen“, hofft Repkin.

„Deutschland sucht nach ‚grünem‘ Wasserstoff, was alles andere als leicht ist. Es bahnt sich ein ernster Kampf um diesen Rohstoff an“, erklärte er.

Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2

Die Pipeline Nord Stream 2 hat einen geschätzten Wert von rund 9,5 Milliarden Euro. Erdgas aus Russland soll in die EU durch zwei parallel verlaufende Stränge von mehr als 2400 Kilometern Gesamtlänge fließen – bis zu 55 Milliarden Kubikmeter pro Jahr. Das Projekt wird vom Betreiber Nord Stream 2 AG realisiert, an dem Russlands Gasgigant Gazprom der einzige Aktionär ist. Seine europäischen Partner – Royal Dutch Shell, OMV, Engie, Uniper und Wintershall – hatten sich verpflichtet, das Projekt jeweils mit 950 Millionen Euro zu finanzieren und somit die Hälfte der Kosten zu decken.

Gegner des Projekts

Mehrere Länder stemmen sich gegen das Projekt. Die USA behaupten, eine zu starke Abhängigkeit Europas von russischem Gas zu befürchten, und wollten das Projekt mit Sanktionen stoppen, um russisches Pipelinegas in Europa durch ihr deutlich teureres verflüssigtes Erdgas (LNG) zu ersetzen.

Auch osteuropäische Staaten wie Polen und die baltischen Länder lehnen die Pipeline ab. Die Ukraine befürchtet schwere Einbußen nach einem möglichen Wegfall des russischen Gastransits durch ihr Territorium wie auch den Verlust ihres Status als wichtiges Gastransitland.

Die Pipeline ist mittlerweile zu etwa 99 Prozent fertig. Plänen des Betreiberkonsortiums zufolge dürften die Bauarbeiten an der Gasleitung Ende Sommer abgeschlossen werden.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/1c/3004083_0:120:3072:1848_1920x0_80_0_0_5e4ea2c0f192fc08b2cd2153fa017647.jpg

snnews.de: **Tichanowskaja bittet Biden um Hilfe bei „gewaltfreiem Machtwechsel“ in Weißrussland**

Die im EU-Exil lebende weißrussische Oppositionelle Swetlana Tichanowskaja, Ex-Kandidatin für das Amt des Präsidenten in Weißrussland, hat sich am Mittwoch in Washington mit US-Präsident Joe Biden getroffen.

„Für mich ist es eine große Ehre, Tichanowskaja heute Morgen im Weißen Haus zu empfangen. Die Vereinigten Staaten unterstützen das Volk von Belarus in seinen Anstrengungen, Demokratie durchzusetzen und die universellen Menschenrechte wiederherzustellen“, schrieb Biden im Kurznachrichtendienst Twitter.

Er postete auch ein Foto, auf dem sich die beiden mit Mund- und Nasenschutz in einem Raum im Weißen Haus unterhalten.

In ihrem Telegram-Kanal schrieb Tichanowskaja nach dem Treffen, sie habe Präsident Biden um Hilfe ersucht, Weißrussland zu einem „Musterbeispiel für einen gewaltfreien Wechsel zur Demokratie“ zu machen.

Tichanowskaja fordert faire Neuwahlen in Weißrussland

„Die Krise in Weißrussland kann nur durch neue freie Wahlen unter internationaler Kontrolle gelöst werden“, betonte sie.

Zudem sei sie von der Notwendigkeit überzeugt, dass die Krise in ihrer Republik auf der internationalen Agenda stehen sollte, etwa auf der Ebene der UN und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Alle Schuldigen sollten von internationalen Gerichten zur Verantwortung gezogen werden, forderte sie. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/07/1c/3005325_0:38:3071:1765_1920x0_80_0_0_58fb1796680396d9cb6fb2d9f613cc31.jpg

de.rt.com: **Russland und Syrien beraten über Flüchtlingsrückkehr**

Russland und Syrien beraten noch bis Mittwoch über die Rückkehr von Flüchtlingen in ihre syrische Heimat. In Damaskus kamen am Montag die Delegationen beider Länder zusammen. Die Gespräche können als Fortführung der Internationalen Konferenz zur Rückkehr von Flüchtlingen vom November vergangenen Jahres gesehen werden. Syrien spricht von einem großen Erfolg, dass bereits erste Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Bei der Anreise am vergangenen Wochenende brachte Lawrentjew insgesamt 160 Tonnen Hilfsgüter aus Russland mit. Darunter sind allein 250.000 Dosen des Corona-Impfstoffs Sputnik Lite und wichtige Medikamente für das schwer zerstörte Syrien.

Laut den Vereinten Nationen gibt es in Syrien so wenig zu essen wie nie zuvor seit Beginn des Krieges. Insgesamt sollen 12,4 Millionen Menschen Probleme haben, sich ausreichend zu ernähren. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind außerdem momentan noch mehr als 5 Millionen Syrer weltweit auf der Flucht.

Auch Deutschland unterstützt notleidende Menschen in Syrien seit Jahren, allerdings nur in dem verhältnismäßig kleinen Teil des Landes, der nicht unter Kontrolle der Regierung steht. Im vergangenen Jahr sagte die Bundesrepublik mehr als 1,5 Milliarden Euro zu. Im Vergleich: Die wirtschaftlichen Kosten des Konflikts in Syrien belaufen sich nach zehn Jahren Dauer laut eines Berichts der internationalen Kinderhilfsorganisation World Vision auf 1,2 Billionen US-Dollar.

vormittags:

de.rt.com: **IWF: Russische Wirtschaft erholt sich von der Pandemie schneller als erwartet**

Das russische BIP-Wachstum im ersten Quartal 2021 zeigt, dass sich die Wirtschaft des Landes von der COVID-19-Pandemie schneller erholt als erwartet. Dies berichtet der Internationale Währungsfonds in seinem jüngsten Bericht über die globale Wirtschaftsentwicklung.

Im Jahr 2021 wird die russische Wirtschaft voraussichtlich um 4,4 Prozent wachsen, so der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem aktuellen Bericht über die Aussichten für die globale Wirtschaftsentwicklung. Damit lagen die Schätzungen der Organisation um 0,6 Prozent höher als im vorherigen Bericht vom April.

IWF-Chefvolkswirtin Gita Gopinath sagte bei einer Pressekonferenz am Dienstag:
"Im Fall von Russland haben wir eine schnellere Erholung wahrgenommen. Das BIP-Wachstum im ersten Quartal ist also stärker ausgefallen, als wir erwartet hatten, und das hat zu einer Anhebung der Prognose geführt."

Sie wies jedoch darauf hin, dass sich die Zahlen noch ändern könnten, da die Entwicklung der COVID-19-Pandemie schwer vorherzusagen sei. Gopinath stellte fest:

"Die Pandemie ist noch nicht vorbei, die Zahl der Fälle ist wieder gestiegen, die Impfquoten machen Fortschritte, aber die Berichterstattung ist nicht vollständig. Es muss also noch viel mehr an dieser Front getan werden."

Auch eine weitere IWF-Vertreterin wies darauf hin, dass die wirtschaftliche Erholung in Russland früher eintritt als erwartet. Petya Koeva Brooks, die Leiterin der Abteilung Strategie, Politik und Begutachtung beim IWF, erklärte:

"Wie bereits erwähnt, sehen wir Anzeichen dieser Stärke, und es ist nicht nur der verarbeitende Sektor, sondern auch die Wiedereröffnung der Wirtschaft und die Stärke des Dienstleistungssektors."

Anfang des Monats hob auch das russische Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel trotz neuer Einschränkungen der Geschäftstätigkeit aufgrund der dritten Pandemiewelle seine Prognose für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2021 an. Allerdings liegen die Erwartungen des Ministeriums mit einem prognostizierten BIP-Wachstum von 3,8 Prozent unter denen des IWF.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/61014b05b480cc77bf5fa9ef.JPG>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 28. Juli 2021 wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Beschossen wurden **Solotoje-5, Golubowskoje** und **Kalinowo** unter Einsatz von Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen und großkalibrigen Maschinengewehren. Insgesamt wurden **elf Granaten** abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snews.de: **Russland-US-Gespräche über strategische Stabilität: Vize-Außenminister über Themen, Pläne und Dialog**

Die russisch-amerikanischen Verhandlungen über die strategische Stabilität sind laut dem russischen Vizeaußenminister Sergej Rjabkow in einer sachlichen und konstruktiven Atmosphäre verlaufen.

„Mit Hinblick auf die Stimmung des Treffens würde ich es als sehr bodenständig, sehr

sachlich, sehr fokussiert, bewusst und nüchtern bezeichnen (...)“, schilderte Rjabkow. Laut seinen Aussagen zeigten die USA bei den Beratungen in Genf die Bereitschaft für einen konstruktiven Dialog mit Russland.

Die am Mittwoch über die Bühne gegangenen US-Russland-Verhandlungen über die strategische Stabilität hätten das Potenzial für eine Annäherung der Positionen der beiden Seiten veranschaulicht.

Rjabkow zeigte sich mit den Gesprächen zufrieden:

„Wir haben großzügig einander die Positionen präsentieren können, wir haben auch kritische Kommentare seitens der US-Seite gehört (...), wir haben auch die Meinung darüber gehört, wie wir die Arbeit fortsetzen sollten. (...)“

Neues Treffen geplant?

Ferner betonte Rjabkow, dass Moskau und Washington vorhätten, die Arbeit an Fragen im Bereich der Rüstungskontrolle und strategischen Sicherheit fortzusetzen.

Für September sei ein neues Treffen geplant. „Ende September ist schon bald“, so Rjabkow. Der Ort sei noch nicht bekannt.

Arbeitsgruppen zu strategischer Stabilität

Auch teilte der russische Vizeaußenminister mit, dass Moskau und Washington bei den Verhandlungen die Möglichkeit der Bildung entsprechender Arbeitsgruppen erörtert hätten, betonte jedoch, dass die Bildung von Arbeitsgruppen keine Frage des heutigen Tages sei.

„Derzeit haben wir zu diesem Thema keine Verständigung mit den Amerikanern (...)“

Dialog über Cybersicherheit

Moskau möchte laut Rjabkow einen regelmäßigen Dialog mit Washington im Bereich der Cybersicherheit führen, wenn es eine breite Agenda zur entsprechenden Thematik geben werde.

Außerdem betonte er, dass Russland und die USA den bilateralen Dialog zur Sicherheit im Cyber-Bereich eingeleitet hätten. Bereits drei Runden wurden demnach durchgeführt.

Rjabkow informierte darüber, dass Washington bei Kontakten zu Moskau im Bereich der Cybersicherheit nur Fragen des Betrugs und der Verfolgung von Betrügern erwägen wolle.

„Die Frage darüber, was, wie und wann weiter (im Bereich der Cybersicherheit) besprochen wird, ist sehr schwierig. Dies ist damit verbunden, dass die USA aus dieser breiten Palette von Fragen, die uns interessiert und mit der wir uns beschäftigen wollen, nur einen Aspekt auswählen – nämlich Betrug, die Programme von Erpressern und die Verfolgung von jenen, die sich damit befassen.“

Darüber hinaus verwies Rjabkow darauf, dass Russland und die USA keine Vereinbarungen über die Auslieferung der Bürger hätten, die mit Cyberverbrechen im Zusammenhang stehen.

„Wir liefern Bürger Russlands nicht aus. Das ist eine offensichtliche prinzipielle Position, die wir befolgen. Was die Auslieferung der Bürger anderer Länder angeht, gibt es keine solche Vereinbarung mit den USA (...)“

Möglichkeit von Chinas Teilnahme

„Ich bewerte die Möglichkeit (der Einbeziehung Chinas in die Verhandlungen über die strategische Stabilität) als minimal, oder sogar als null“, fuhr Russlands Vizeaußenminister fort.

Moskau kenne die Position der chinesischen Seite zu jener Thematik sehr gut, die im Rahmen dieses Dialogs besprochen wird: „China geht davon aus, dass Russland und die USA die größten Besitzer von Atomwaffen sind (...), die Frage über die Einbeziehung Pekings in solche Bemühungen nach jeglicher Formel ist derzeit nicht berechtigt.“

Positionen Großbritanniens, Frankreichs und Chinas

Außerdem betonte Rjabkow, dass London, Paris und Peking nicht bereit seien, sich an die Beratungen Russlands und der USA über die strategische Sicherheit anzuschließen.

Moskau sehe „neue alarmierende Elemente“ in der Stellung Londons, die auf die Verstärkung seines Atomarsenals abzielen würden und nicht umgekehrt.

Dabei betonte Rjabkow, dass Moskau und Washington auch ohne die Präsenz anderer Atomkräfte am Verhandlungstisch „ziemlich viel“ für die Verstärkung der strategischen Stabilität und dies „ziemlich überzeugend“ tun könnten.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/1d/3007395_19:0:3054:1707_1920x0_80_0_0_e5ff7ce24ed919f1bb6c11586b9fd25c.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 28. Juli 3:00 Uhr bis 29. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 8.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Sajzewo (jushnoje), Wesjoloje, Leninskoje, Nowaja Marjewka.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 68.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snnews.de: Nato startet Ausbildung afghanischer Spezialkräfte im Ausland

Nach dem Ende ihres Ausbildungseinsatzes in Afghanistan hat die Nato das erste Trainingsprogramm für afghanische Soldaten im Ausland gestartet. Am Mittwoch wurden erste afghanische Spezialkräfte für einen Lehrgang in die Türkei gebracht, wie die DPA aus Ankara berichtet. Regelmäßige Ausbildungsangebote außerhalb Afghanistans sollen folgen. „Neben der fortgesetzten Finanzierung und diplomatischen Präsenz umfasst die weitere Unterstützung Afghanistans durch die Nato auch die Ausbildung afghanischer Spezialkräfte außerhalb des Landes“, sagte ein Nato-Sprecher in Brüssel im Gespräch mit der DPA. Er bestätigte, dass die Ausbildung begonnen habe, wollte sich aber aus Sicherheitsgründen nicht zum Ort und zu Details äußern. Die Staats- und Regierungschefs der Nato hatten bei

ihrem Gipfeltreffen im Juni Afghanistan zugesichert, auch noch nach der Beendigung des Militäreinsatzes Hilfe zu leisten.

„Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, weiterhin an der Seite Afghanistans, seiner Bevölkerung und seiner Institutionen zu stehen, um die Sicherheit zu fördern und die hart errungenen Fortschritte der letzten zwanzig Jahre zu wahren“, hieß es in der Abschlusserklärung.

Die Nato hatte im April das Ende ihres fast seit 20 Jahren andauernden Militäreinsatzes in Afghanistan beschlossen. Die USA als größter Truppensteller wollen bis Ende August das Land verlassen. Deutschland stellte mit 1100 Soldaten nach den USA das zweitgrößte Kontingent in der etwa 10.000 Soldaten starken Nato-Truppe. Von 2001 bis 2020 hat der Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan nach Angaben des Auswärtigen Amts mehr als zwölf Milliarden Euro gekostet.

Seit Beginn des internationalen Truppenabzugs im Mai hat sich die Sicherheitslage deutlich verschlechtert: Die militant-islamistischen Taliban haben in mehreren Offensiven weite Gebiete überrannt. International wächst die Sorge, dass die Islamisten mittelfristig komplett die Macht im Land übernehmen könnten.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/07/02/2692062_0:0:2773:1560_1920x0_80_0_0_47682452bf3e067dfb76c73495a0a906.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 26. Juli um 9:00 Uhr 6463 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 5170 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 574 Todesfälle.

snaneews.de: Russland ruft USA und Ukraine zu Annahme von UN-Resolution gegen Glorifizierung des Nazismus auf

Russland hat die USA und die Ukraine dazu aufgerufen, für die UN-Resolution zur Bekämpfung der Glorifizierung des Nazismus zu stimmen. Im vergangenen Jahr lehnten beiden Länder diese Initiative als einzige UN-Mitglieder ab. Das geht aus einer Mitteilung der Russischen Botschaft in Washington hervor.

Russland legt jedes Jahr das entsprechende Dokument vor. Im Dezember 2020 hatte die überwiegende Mehrheit für die Resolution gestimmt, nur die USA und die Ukraine votierten dagegen.

„Russland verurteilt jede Form von Rassendiskriminierung. Jährlich unterbreiten wir die Resolution zur ‚Bekämpfung der Glorifizierung des Nazismus und Neonazismus‘ in der UN-Generalversammlung. Nur die USA und die Ukraine widersetzen sich dieser. Wir hoffen, dass sie ihre Position überdenken“, heißt es auf der Twitter-Seite der Russischen Botschaft.

Die Resolution legt den Ländern ans Herz, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, „darunter auch im legislativen und im Bildungsbereich, im Einklang mit ihren internationalen Menschenrechtsverpflichtungen, um eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und die Leugnung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie der Kriegsverbrechen, die im Laufe des Zweiten Weltkrieges begangen wurden, zu verhindern.“

Die Verfasser des Dokuments verurteilen jegliche Vorfälle aufs Schärfste, die mit der Glorifizierung und Propaganda des Nazismus zusammenhängen, insbesondere das Anbringen von Graffiti sowie Zeichnungen mit pronazistischen Inhalten, unter anderem auf Gedenkstätten für die Opfer des Zweiten Weltkriegs.

Die Resolution fordert die Staaten auch nachdrücklich auf, alle Formen der Rassendiskriminierung mit allen Mitteln durch das Gesetz auszumerzen, soweit dies die Umstände erfordern.

Darüber hinaus verurteilt das Dokument die Verwendung von Bildungsmaterialien sowie Rhetorik im Bildungsprozess, welche Rassismus, Diskriminierung, Hass und Gewalt aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit, Nationalität, Religion oder Weltanschauung propagieren.



https://cdn.snaneuws.de/img/07e5/06/03/2353461_0:320:3072:2048_1920x0_80_0_0_e7eae3c006560fe352559c5009a9d06.jpg

Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 29.07.2021

Von Seiten Kiews sind ständig verlogene Erklärungen über eine Unterstützung des Kurses einer friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass zu hören, aber die terroristischen Methoden, die von den ukrainischen Kämpfern eingesetzt werden, zeugen vom Gegenteil. Die BFU haben wieder einen Versuch eines Terrorakts gegen unsere Republik unternommen.

Unter Verletzung der Normen des internationalen humanitären Rechts haben Kämpfer des 2. mechanisierten Bataillons der 93. mechanisierten Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Brishinskij hinterhältigen Beschuss auf **Nowaja Marjewka** geplant und ausgeführt und 24 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Während des Beschusses des Territoriums der Republik fragte die Vertretung der DVR im GZKK ein Regime der Ruhe über den Koordinationsmechanismus an. Leider hat die ukrainische Seite ein weiteres Mal diese Anfrage ignoriert.

Danach haben Einheiten der Volksmiliz der DVR entsprechend Punkt „e“ der Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen Beschuss ukrainischer Kämpfer gezwungenermaßen **das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen erwidert und die Feueraktivität des Gegners unterdrückt.**

Durch die erwidern den Handlungen wurde eine Mörsermannschaft der 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte vernichtet, drei ukrainischen Kämpfer wurden verletzt.

Den Kiewer Besitzern empfehlen wir nachdrücklich, von der Ausführung verbrecherischer

Befehls des Kommandos Abstand zu nehmen und das Regime der Feueinstellung einzuhalten, um ihr eigenes Leben zu erhalten. Nachdrücklich fordern wir von den internationalen Beobachtern eine unverzügliche Reaktion! Solange die ukrainischen Kämpfer nicht für ihre Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden, wird der Terror gegen die Bevölkerung des Donbass weitergehen.

Mit Trauer teilen wir mit, dass durch Beschuss **drei Verteidiger unserer Republik** starben und **einer mit zahlreichen Splitterverletzungen** in ein Krankenhaus von Donezk gebracht wurde. Wir sprechen den Verwandten und Freunden der getöteten Soldaten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, den weiteren Fall von Verletzung des Waffenstillstands durch die ukrainischen Besatzer, der Tod und Verletzung unserer Soldaten nach sich gezogen hat, zu erfassen und von der ukrainischen Seite eine streng Einhaltung der geltenden Vereinbarungen und eine Absage an eine Eskalation des Konflikts zu erreichen.

snanews.de: **Präsident Selenski wechselt ukrainische Militärführung aus**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski hat ohne ersichtlichen Anlass überraschend mehrere führende Militärs und Geheimdienstler ausgewechselt.

In der Nacht zum Donnerstag wurden Dekrete zur Entlassung des Befehlshabers der Militäroperation in der Ostukraine, des Generalstabschefs und des Chefs der Luftlandtruppen veröffentlicht und Nachfolger ernannt.

Zuvor war bereits Armeeeoberbefehlshaber Ruslan Chomtschak entlassen und zum ersten Stellvertreter des Sekretärs des beratenden Nationalen Sicherheitsrats ernannt worden. Zu Wochenbeginn und vergangene Woche hatte Selenski zudem mehrere führende Geheimdienstposten, darunter den des Chefs der Auslandsaufklärung, neu besetzt. In der Staatsanwaltschaft trat ebenfalls ein Stellvertreter der Generalstaatsanwältin zurück.

Innenminister wurde gegangen?

Als Begründung wurde vom Präsidentenbüro unter anderem eine stabilere und koordiniertere Arbeit der Sicherheitsorgane genannt. Den Entlassungen ging Mitte Juli auch der von Beobachtern als erzwungen angesehene Rücktritt des langjährigen Innenministers Arsen Awakow voraus. Mit Denis Monastyrski wurde er von einem Vertreter der Präsidentenpartei Diener des Volkes ersetzt.

In ukrainischen Medien wird daher darüber spekuliert, ob der zuletzt autoritäre Tendenzen zeigende Selenski die Führungsposten in den Sicherheitsorganen mit loyalere Gefolgsleuten besetzen möchte.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/1d/3010069_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_73df8ccb31d123260fa88e189130b720.jpg

Mzdnr.ru: Am 28. Juli wurden in der DVR 725 Test Tests auf Coronavirusinfektion

durchgeführt, davon waren 214 positiv, bei 62 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 29. Juli um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 47.525 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3851 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 40.094 als gesund entlassen, es gibt 3580 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 152 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 10 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 119 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1606 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 711 mit Sauerstoffunterstützung (+47 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2110 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

de.rt.com: Mexikos Präsident verteidigt Hilfe für Kuba: "Wir sind souverän und US-Sanktionen sind inhuman"

Der mexikanische Präsident beharrt auf seiner Entscheidung, Kuba humanitäre Hilfe zu leisten. Kritiker verlangen, dass Mexiko die gegen den Karibikstaat verhängten US-Sanktionen befolgt. Andrés Manuel López Obrador kontert, dass die einseitige US-Blockade inhuman sei.

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador hat seine Entscheidung verteidigt, Kuba unter die Arme zu greifen. Nachdem der Politiker am Montag auf einer Pressekonferenz humanitäre Unterstützung für den kriselnden Karibikstaat angekündigt hatte, meinten Kritiker, dass Mexiko die gegen Havanna verhängten US-Sanktionen befolgen sollte. Als Reaktion darauf bezeichnete López Obrador auf einer Pressekonferenz am Dienstag die US-Blockade als "mittelalterlich" und "inhuman".

"Wie wir alle wissen, ist Kuba mit einer misslichen Situation konfrontiert. Es leidet unter einer Blockade, die ich für unmenschlich halte, weil sie ein extremes Mittel ist. Dies ist eine mittelalterliche Maßnahme und ein Beispiel für eine große Rückständigkeit in der Außenpolitik."

Der mexikanische Präsident wies außerdem auf die Brüderlichkeit hin, die zwischen den Völkern der Welt bestehen sollte. In diesem Zusammenhang teilte der Politiker mit, dass Mexiko dem "kubanischen Brudervolk" Lebensmittel, Sauerstoff und Medizinzubehör liefern werde. Zwei Schiffe sollen die humanitäre Ladung nach Kuba bringen.

Die Frage, ob die USA Mexiko für diese Hilfe maßregeln könnten, beantwortete López Obrador mit einem eindeutigen Nein. Mexiko sei schließlich ein freies, unabhängiges und souveränes Land.

Zuvor hatte bereits Russland eine Ladung Hilfsgüter in den Karibikstaat geschickt. Zwei Transportflugzeuge vom Typ Antonow An-124 Ruslan beförderten am vorigen Wochenende insgesamt 88 Tonnen Lebensmittel und persönliche Schutzmittel für den Kampf gegen das Coronavirus nach Kuba, darunter rund eine Million Masken.

Im Juli war es auf Kuba zu massenhaften Protestaktionen gekommen. Eine der Ursachen war ein Mangel an Medikamenten gegen die Krankheit COVID-19. Die Regierung in Havanna warf den USA vor, hinter den Demonstrationen zu stecken. Menschenrechtler sprachen ihrerseits von Hunderten Festnahmen und Gefängnisstrafen im Schnellverfahren. Kubas Wirtschaft leidet stark unter dem Einbruch des Tourismus in der COVID-19-Pandemie sowie unter US-Sanktionen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/61027232b480cc12190ebe4a.jpg>

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 29.07.2021**

Die ukrainische Seite verletzt weiter ihre Verpflichtungen.

In den letzten 24 Stunden wurden **acht Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 108. Gebirgssturmbataillons der 10. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kotlik von den Positionen im Gebiet von Sajzewo (Sewernoje) aus **Sajzewo (Jushnoje)** mit 82mm-Mörsern und automatischen Granatwerfern beschossen.

Außerdem haben Kämpfer in Fortsetzung der verbrecherischen Befehle des Brigadekommandeurs Kotlik von den Positionen im Gebiet von Leninskoje aus 15 Granaten mit automatischen Granatwerfern auf die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 16. Panzergrenadierbataillons der 58. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kaschtschenko von den Positionen im Gebiet von Peski aus fünf Mörsergeschosse mit 120mm-Mörsern auf **Wesjoloje** abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Strafruppen eines Panzergrenadierbataillons der 128. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Gontscharuk von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Leninskoje** mit 120mm-Mörsern beschossen und 18 Mörsergeschosse abgefeuert.

Kämpfer des 2. mechanisierten Bataillons der 93. Brigade haben in Ausführung eines Befehls des Kriegsverbrechers Brishinskij von den Positionen im Gebiet von Granitnoje aus dreimal **Nowaja Marjewka** beschossen und 24 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **zwei Feuerprovokationen** begangen.

In **Richtung Mariupol** haben Strafruppen eines Panzergrenadierbataillons der 128. Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Gontscharuks von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Sachanka** mit 122mm-Artilleriesystemen beschossen 15 Geschosse abgefeuert.

Außerdem haben Kämpfer des 2. Gebirgssturmbataillons der 128. Brigade von den Positionen im Gebiet von Schirokino aus **Leninskoje** beschossen und fünf Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Versuche der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Danach haben Einheiten der Volksmiliz der DVR entsprechend Punkt „e“ der Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen Beschuss ukrainischer Kämpfer gezwungenermaßen das **Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen erwidert und die Feueraktivität des Gegners unterdrückt.**

Infolge der erwiderten Handlungen wurde eine Mörsermannschaft der 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte vernichtet, drei ukrainische Kämpfer wurden verletzt.

Den Kiewer Besatzern empfehlen wir nachdrücklich, von der Ausführung verbrecherischer Befehls des Kommandos Abstand zu nehmen und das Regime der Feueinstellung einzuhalten, um ihr eigenes Leben zu bewahren.

Mit Trauer teilen wir mit, dass durch Beschuss drei Verteidiger unserer Republik starben und einer mit zahlreichen Splitterverletzungen in ein Krankenhaus von Donezk gebracht wurde. Wir sprechen den Verwandten und Freunden der getöteten Soldaten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Außerdem wurde nach genaueren Informationen der Vertretung der DVR im GZKK infolge von Mörserbeschuss von Seiten der 28. mechanisierten Brigade der BFU zwei Häuser in der Dalnewostotschnaja-Straße 8b – Dach und Fassade – sowie der Lenin-Straße 29 – Wirtschaftsgebäude – beschädigt. Zusätzlich Informationen über Schäden werden noch ermittelt.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, den weiteren Fall der Verletzung des Waffenstillstands durch die ukrainischen Besatzer, der die Beschädigung von ziviler Infrastruktur sowie Tod und Verletzung unserer Soldaten nach sich gezogen hat, zu erfassen und von der ukrainischen Seite eine streng Einhaltung der geltenden Vereinbarungen und eine Absage an eine Eskalation des Konflikts zu erreichen.

Neben dem Beschuss der Republik stationieren die ukrainischen Besatz **Militärtechnik in der Nähe von Objekten der zivilen Infrastruktur** und bringen die Bevölkerung in Lebensgefahr.

Unsere Aufklärung hat die Stationierung von zwei Schützenpanzer aus dem Bestand des 16. Panzergrenadierbataillons der ukrainischen Streitkräfte in Peski bemerkt.

Außerdem haben Beobachter der OSZE-Mission bei der Verifizierung von abgezogenen Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in dem vorgesehenen Lagerort das Fehlen von 31 T-64-Panzer bemerkt, die zum letzten Mal am 15. April 2021 erfasst worden waren.

Zur Verheimlichung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen und Militärtechnik vor den OSZE-Beobachtern **tarnen die Kommandeure der ukrainischen Streitkräfte weiter die Positionen.**

So hat der Kommandeur der 58. Brigade Kaschtschenko nach Informationen einer Quelle dem Personal befohlen, die Positionen und Stationierungsorte von Technik zu tarnen. Zu diesem Zweck wurden zusätzlich zehn Sätze Tarnnetze auf die Positionen des 16. Bataillons geliefert. Um die Tarnung zu kontrollieren haben die ukrainischen Kämpfer Drohnen an den Frontpositionen eingesetzt. Flüge wurden von unseren Beobachtern im Verantwortungsbereich der 93. Brigade in den Gebieten von Granitnoje, Starognatowka und Nowotroizkoje festgestellt, von wo der Gegner regelmäßig das Territorium der Republik beschießt. Flüge der Drohnen über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte verweisen auf das Vorhandensein von verbotenen Waffen in diesen Gebieten.

In diesem Zusammenhang rufen wir die Vertreter der OSZE-Mission auf, die Beobachtung der von den BFU besetzten Territorien zu verstärken, um verbotene Waffen zu erfassen und im Fall von deren Entdeckung ihren Abzug auf die festgelegte Entfernung zu erreichen.

Wir haben Informationen erhalten, dass eine Kommission des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ in den Einheiten der 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte arbeitet. Nach Angaben einer Quell sind im Verantwortungsbereich der 93. Brigade drei Offiziere des Dienstes für elektronische Kriegsführung des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ eingetroffen, um eine Ermittlung über die Ursachen dafür zu ermitteln, dass eine Drohne der OSZE-Mission am 27. Juli in einem privaten Sektor von Starognatowka einen Komplex der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ mit einem Kommandostabsfahrzeug aus dem Bestand des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung

entdeckt hat, was im täglichen Bericht der Mission vom 27.07.2021 veröffentlicht wurde. Die ukrainischen Kämpfer verminen weiter Territorien, die an Ortschaften und allgemeine Straßen grenzen, was unmittelbar Leben und Gesundheit friedlicher Bürger und von Vertretern der OSZE-Mission gefährdet.

Unter Druck örtlicher Einwohner und der OSZE waren die ukrainischen Kämpfer gezwungen, die installierten Minensperren vor Ort zu markieren. So haben Strafruppen der 28. mechanisierten Brigade am Rand von Nikolajewka vier Antipanzerminen quer über eine Straße installiert.

Wir rufen die Einwohner von Nikolajewka und der umliegenden Ortschaften auf, äußerst wachsam und vorsichtig zu sein, um nicht auf ukrainische Minen zu geraten. Wir bitten darum, alle bekannt gewordenen Fälle von Verminung durch Einheiten der ukrainischen Streitkräfte an die OSZE-Mission, die Staatsanwaltschaft und die militärisch-zivile Administration zu melden, um Strafverfahren gegen die ukrainische Kommandeure aufzunehmen.

Wir erhalten weiter Informationen über **Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten** der ukrainischen Kämpfer in der Zone der Strafoperation.

Infolge der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen durch Soldaten des 13. Bataillons der 58. Brigade entstand auf den Positionen im Gebiet von Galizinowka ein Brand. Aus den Materialien der Ermittlung folgt, dass ukrainische Kämpfer am Abend des 27. Juli bei der Feier eines Geburtstags und Alkoholkonsum Essen auf einem Lagerfeuer zubereiteten. In der Folge unvorsichtigen Umgang mit dem Feuer haben die unmäßig betrunkenen „Verteidiger“ der Ukraine den eigenen Unterstand in Brand gesetzt. Das Feuer verbreitete sich über Holzkonstruktionen und trockenes Gebüsch schnell über die ganze Position.

Infolge des Vorfalls erlitten vier Soldaten unterschiedlich schwere Brandverletzungen: der für moralisch-psychische Betreuung zuständige stellvertretende Kommandeur des Bataillons Gontschar, der Soldat Maschewskij und die Gefreiten Baranowskij und Lasarjew.

snanews.de: **USA besorgt über russische S-400-Lieferungen an Indien**

Die Vereinigten Staaten zeigen sich beunruhigt hinsichtlich der Vereinbarung zwischen Indien und Russland über die Lieferung von russischen Flugabwehrraketen S-400. US-Außenminister Anthony Blinken schließt Sanktionen gegen Indien nicht gänzlich aus.

„Wir haben unsere eigenen Gesetze. Wir können unsere Gesetze anwenden, doch wir haben gegenüber Indien hierzu unsere Bedenken geäußert“, erklärte Blinken in einem Interview mit der Zeitung Times of India. „Ich will aber nichts überstürzen. Wir werden sehen, wie sich die Ereignisse in den kommenden Monaten entwickeln werden“, so der Außenminister weiter.

Zuvor hatte der indische Botschafter in Russland, Datla Bala Venkatesh Varma, bestätigt, dass die erste Lieferung des S-400-Raketenabwehrsystems nach Indien Ende 2021 erfolgen werde. Ihr Wert übersteigt fünf Milliarden US-Dollar.

Im vergangenen März erklärte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin bei seinem Antrittsbesuch in der Hauptstadt Neu-Delhi mit, dass die anstehende Lieferung der Flugabwehrraketen aus Russland Sanktionen gegen Indien zur Folge haben könnte.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/06/17/2591264_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_c64ba4bde_e4474da66ea47d350b0b81f.jpg

snaneews.de: **Besuch in Hanoi: US-Verteidigungsminister verspricht Vietnam Sicherheitshilfe**

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin besucht als erstes hochrangiges Mitglied der Administration von US-Präsident Joe Biden Vietnam. Am Donnerstag traf er in der Hauptstadt Hanoi seinen Amtskollegen Phan Van Giang und stellte dem südostasiatischen Land US-Hilfe bei der Verbesserung der Sicherheit auf See in Aussicht.

Die USA würden Vietnam helfen, seine maritime Sicherheitskapazität zu verbessern, sagte Austin laut DPA. Bei dem Treffen ging es auch um die Räumung von Landminen und die Folgen des giftigen Entlaubungsmittels Agent Orange, das die Vereinigten Staaten im Vietnamkrieg (1955 bis 1975) großflächig versprüht hatten.

Wie die DPA unter Berufung auf Südostasien-Experten berichtet, diene das Treffen zur Stärkung der militärischen Zusammenarbeit beider Länder, um dem Einfluss Chinas in der Region entgegenzuwirken.

Demnach sehen die USA Vietnam als wichtigen Partner an, um Chinas zunehmendem strategischen Einfluss in Südostasien entgegenzuwirken. Die Volksrepublik beansprucht praktisch das gesamte Südchinesische Meer für sich und liegt damit seit Jahren mit Anrainern wie den Philippinen, Vietnam, Malaysia, Brunei und Taiwan im Streit.

„Vietnam seinerseits sieht die USA als wichtigen Partner im Umgang mit Chinas maritimer Expansion im Südchinesischen Meer an“, sagte Le Hong Hiep vom ISEAS-Yusof Ishak-Institut in Singapur.

Zuvor hatte der US-Verteidigungsminister bereits Singapur besucht. Aus Vietnam soll er sich auf die Philippinen begeben.

In dieser Woche wurde bekannt, dass die Vereinigten Staaten 25 Kampffjets vom Typ F-22 zu einem Manöver in den Westpazifik schicken. Analysten sprachen von einem deutliches Zeichen an China inmitten von Spannungen in der Region. Die Regierung in Peking ihrerseits wirft Washington vor, China als Feindbild zu benutzen, um von eigenen Problemen abzulenken.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/1d/3011727_0:0:2127:1196_1920x0_80_0_0_a9604273d143efbce736f0601c5c28bd.jpg

Mil-Inr.info: **Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejikin am 29. Juli 2021**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden fünf Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 24. Brigade auf Befehl Postupalskijs von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus zweimal **Solotoje-5** mit Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen., von den Positionen im Gebiet von Troizkoje aus wurde **Kalinowo** mit Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer des 15. Bataillons der 128. Brigade auf Befehl des Bataillonskommandeurs Golschewskij von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoje aus zweimal **Golubowskoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Die Fälle von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und die Beschuldigung der Volksrepublik in Bezug auf Provokationen zu verhindern. Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Geleitet von den Anweisungen des Republikoberhauptes und Punkt „e“ der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung haben unsere Einheiten das **Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen eröffnet und die Feueraktivität des Gegners unterbunden.**

Die Verluste der ukrainischen Kämpfer werden noch ermittelt. ...

snanews.de: **Konflikt mit Aserbaidshan: Armenien will russische Grenzschrützer**

Der Regierungschef der Südkaukasusrepublik Armenien hat sich im Konflikt mit dem Nachbarland Aserbaidshan für eine Ausweitung des Einsatzes russischer Grenzschrützer ausgesprochen.

Das würde die Festlegung einer Demarkationslinie ohne militärische Zusammenstöße ermöglichen, sagte Nikol Paschinjan bei einer Regierungssitzung am Donnerstag.

Kremlsprecher Dmitri Peskow sagte lediglich, Moskau habe bereits viele Anstrengungen unternommen, um einen neuen Waffenstillstand zwischen den beiden Ex-Sowjetrepubliken zu vermitteln. Die Kontakte würden fortgesetzt. In der Konfliktregion Berg-Karabach hat

Russland bereits rund 2000 Friedenssoldaten stationiert.

Außerhalb des bis zum vergangenen November umkämpften Gebiets waren kürzlich drei armenische Soldaten getötet und auf beiden Seiten mehrere verletzt worden. Am Mittwochmorgen trat eine neue Feuerpause in Kraft. Trotzdem warfen sich Eriwan und Baku am Donnerstag erneut gegenseitig Schüsse in der Grenzregion vor.

Die beiden Ex-Sowjetrepubliken hatten vom 27. September bis zum 9. November um die Konfliktregion Berg-Karabach gekämpft. Aserbaidtschan holte sich dabei weite Teile des Anfang der 1990er Jahre verlorenen Gebietes zurück. Mehr als 6500 Menschen starben bei den Kämpfen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/1d/3014992_0:126:3195:1923_1920x0_80_0_0_36b695850286419cb929d18fc19f715d.jpg